



An den Grossen Rat

23.5253.02

JSD/P235253

Basel, 18. März 2026

Regierungsratsbeschluss vom 17. März 2026

## **Anzug Joël Thüring und Konsorten betreffend «Massnahmen gegen den illegalen Drogenhandel rund um die Kaserne, den Erasmusplatz und den Claraplatz»**

Der Grosse Rat hat an seiner Sitzung vom 20. September 2023 den nachstehenden Anzug Joël Thüring und Konsorten dem Regierungsrat zum Bericht überwiesen:

«In einem PrimeNews-Artikel vom 21. April 2023 kommen Bürgerinnen und Bürger zu Wort, welche in unmittelbarer Nähe der Kaserne rund um den Erasmusplatz wohnen. So beschwerten sie sich u.a. darüber, dass bei ihnen an der Florastrasse «Nigerianer Kokain» verkauft und diese Dealer zunehmend aggressiver werden. Die Anwohnenden hätten etwa 20 Dealer ausgemacht, die das Geviert in Beschlag nehmen. Zudem sässen regelmässig «Junkies» in den Vorgärten und es kann beobachtet werden, wie Drogen und Drogengelder umgeschlagen werden.

Die diesbezügliche Situation ist bis zur Kaserne und dem Claraplatz seit Jahren unbefriedigend und in Bezug auf die Drogendealer auch nicht neu. Es ist bekannt, dass sich dort viele Drogendealer aufhalten und Konsumentinnen und Konsumenten problemlos ihren Stoff erhalten. Zu nächtlicher Stunde kommt es immer auch wieder zu lautstarken Auseinandersetzungen und Konflikten zwischen verschiedenen Gruppierungen rund um die Kaserne und den Claraplatz.

Offensichtlich hat es zur untragbaren Situation auch schon Gespräche zwischen Anwohnenden und dem zuständigen Justiz- und Sicherheitsdepartement gegeben. Offenkundig bleibt die Situation, die in diesem Gebiet aber schon seit vielen Jahren sehr schlecht ist, ungünstig und verschlimmert sich nun. Die Polizei scheint bis zu einem gewissen Grad machtlos zu sein, weil oftmals keine lückenlose Beweiskette vorhanden ist und eine Überwachung viel Personalaufwand verursacht.

Es muss also konstatiert werden, dass die bisherigen Massnahmen der Behörden nicht sehr viel zur Verbesserung der Situation beigetragen haben und – die Schilderungen der Anwohnenden belegen es – Handlungsbedarf besteht.

Aus Sicht der Anzugsstellenden sind neben weiteren runden Tischen zur Situation deshalb auch weitergehende präventive und repressive Massnahmen zu ergreifen, um eine Verbesserung der Lage zu erzielen. Hierfür sind auf der besagten Achse zwischen Erasmusplatz, Kaserne und Claraplatz auch kurzfristige (temporäre) und langfristige (permanente) bauliche Massnahmen (bspw. angepasste Beleuchtungskonzepte etc.) anzudenken und im Hinblick auf die nun wärmeren Sommermonate weitere temporäre Präventions- und Sicherheitsmassnahmen anzugehen, welche im Rahmen einer späteren Auswertung evaluiert und ggf. institutionalisiert werden könnten.

Die Anzugsstellenden bitten den Regierungsrat daher, dass im o.g. Sinne die entsprechenden Massnahmen geprüft und ergriffen werden und dem Grossen Rat darüber berichtet wird.

Joël Thüring, André Auderset, Balz Herter, Christoph Hochuli, Daniela Stumpf, Luca Urgese, Beat Braun, Philipp Karger»

Wir berichten zu diesem Anzug wie folgt:

## 1. Ausgangslage

In den vergangenen Jahren war der öffentliche Raum im unteren Kleinbasel wiederholt durch sicherheits- und sozialpolitische Herausforderungen belastet. Die Situation ist komplex und wird durch eine hohe Nutzungsdichte, veränderte Aufenthalts- und Konsummuster, das umliegende Nachtleben sowie das Aufeinandertreffen unterschiedlicher Personengruppen geprägt. Als besonders belastend werden von der Bevölkerung sowie der Anwohnerschaft der offene Drogenhandel und -konsum, Belästigungen, Lärmstörungen, Littering sowie Konflikte im öffentlichen Raum wahrgenommen. Diese Problematiken sind nicht neu und beschäftigen den Regierungsrat sowie die zuständigen Verwaltungsstellen seit längerer Zeit.

Rund um den Claraplatz, das Kasernenareal und die Klybeckstrasse ist der offene Handel mit Betäubungsmitteln seit Jahren präsent. Polizeiliche Interventionen führen häufig zu Verlagerungen von Verkaufszeiten und -taktiken in Randstunden und Nebenstrassen, ohne die Anzahl aktiver Drogenhändler nachhaltig reduzieren zu können. Die Strafverfolgung wird zusätzlich dadurch erschwert, dass kontrollierte Personen rasch ersetzt werden und sich die Verkaufspraktiken an rechtliche Grenzwerte anpassen.

Im Bereich der Dreirosenanlage kam es 2023 zu einer signifikanten Häufung von Gewalttaten sowie Eigentumsdelikten im Zusammenhang mit dem Handel und Konsum von Betäubungsmitteln. Zwischen teils gut organisierten Gruppierungen kam es wiederholt zu Konflikten, bei denen vermehrt Stichwaffen eingesetzt wurden. Die Vorfälle ereigneten sich mitten in einem Wohnquartier und in unmittelbarer Nähe zu Schul- und Freizeiteinrichtungen.

Parallel dazu entwickelte sich auf dem Matthäusplatz eine Betäubungsmittelszene, die insbesondere in den Abend- und Nachtstunden zu erheblichen Lärmemissionen, Verunreinigungen und einer erheblichen Belastung der Anwohnerschaft führte. Obwohl in der Regel keine unmittelbare Gefährdung der öffentlichen Sicherheit besteht, nahm und nimmt die Verunsicherung in der Bevölkerung zu.

Zur Wahrung von Sicherheit und Ordnung wurden die polizeilichen Massnahmen verstärkt. Ergänzend dazu beschloss der Regierungsrat im März 2024 – gestützt auf eine interdepartementale Auslegeordnung – ein Massnahmenpaket mit repressiven, präventiven, sozialen und baulichen Massnahmen. Diese wurden in den vergangenen Jahren wiederholt auf Ihre Wirkung geprüft und auf Grundlage der gewonnenen Erkenntnisse gezielt weitergeführt, angepasst oder in einzelnen Fällen eingestellt.

## 2. Repressive Massnahmen

### 2.1 Erhöhte Polizeipräsenz und Schwerpunktaktionen

Um der steigenden Gewalt und der Häufung an Vermögens- und Betäubungsmitteldelikten im unteren Kleinbasel entgegenzuwirken, ist die Kantonspolizei Basel-Stadt seit geraumer Zeit im Dauereinsatz. Ab Sommer 2023 wurde die Patrouillentätigkeit deutlich erhöht, ab Mitte Dezember 2023 folgten wöchentliche Grosskontrollen.

In den Monaten März und April 2024 wurde die Präsenz im gesamten unteren Kleinbasel im Rahmen einer gemeinsam mit der Staatsanwaltschaft Basel-Stadt und dem Migrationsamt durchgeführten Schwerpunktaktion nochmals intensiviert. Die Schwerpunktaktion umfasste neben der Dreirosenanlage insbesondere auch die Achse Claraplatz – Kasernenareal – Erasmusplatz, die im Zentrum des vorliegenden Anzugs steht. Die Kantonspolizei zog eine positive Bilanz der

zweimonatigen Intensivphase. Insgesamt wurden 1'340 Personenkontrollen durchgeführt, die zu 112 Festnahmen führten. Die Delinquenz ging spürbar zurück. Insbesondere durch die konsequente Abnahme einer Vielzahl von gefährlichen Gegenständen – namentlich Hieb- und Stichwaffen – konnten die Delikte im Bereich vorsätzlicher Körperverletzungen, insbesondere «Messerstechereien», markant reduziert werden. Gleichzeitig sank die Anzahl Anzeigen wegen Raub, allgemeinem Diebstahl oder Diebstahl aus Fahrzeugen zwischen Januar und April 2024 um 36 Prozent.

Nach Abschluss der zweimonatigen Intensivphase wurde die Kontrolltätigkeiten mit den regulären personellen Mitteln weitergeführt. Aufgrund der Grossereignisse «Eurovision Song Contest» und «Women's Euro 2025» mussten die regelmässigen Kontrollen im Jahr 2025 phasenweise zurückgestellt werden.

Vom 25. August bis zum 9. November 2025 erfolgte eine weitere Schwerpunktaktion im unteren Kleinbasel. Es wurden 507 Personenkontrollen durchgeführt, die zu 175 Festnahmen führten. Die Festnahmen erfolgten aufgrund von Widerhandlungen gegen das Bundesgesetz über die Ausländerinnen und Ausländer und über die Integration (Ausländer- und Integrationsgesetz, AIG, SR 142.20) und im Zusammenhang mit Eigentums- und Drogendelikten sowie mit bestehenden Verhaftungsausschreibungen. Der erhöhte Kontrolldruck – insbesondere an bekannten Hotspots – trug wesentlich dazu bei, den Aufwärtstrend bei Gewalt-, Vermögens- und Betäubungsmitteldelikten zu brechen. Während der gesamten Aktionsdauer wurden keine schweren Gewaltdelikte registriert. Die Aktion wirkte zudem auch über das untere Kleinbasel hinaus, da Rückzugs- und Ausweichräume entzogen wurden, die häufig vor und nach deliktischen Handlungen genutzt werden. Die Schwerpunktaktionen werden daher weitergeführt.

## 2.2 Videoüberwachung auf der Dreirosenanlage

Zusätzlich zur verstärkten Kontrolle und der Durchführung von Schwerpunktaktionen wurde im August 2023 auf der Dreirosenanlage aufgrund der Häufung von Gewalttaten und weiteren Delikten eine Videoüberwachungsanlage installiert. Die Videoüberwachung diente dem Schutz von Personen und Eigentum vor strafbaren Handlungen, der Verhinderung von Gewalt- und Drogendelikten sowie Sachbeschädigungen und nicht zuletzt auch der Strafverfolgung. So war sie für die Dokumentation der Tatvorgehen, die Identifikation von Täterschaften und die Beweissicherung bei Aktionen sowohl aus polizeilicher Sicht als auch aus der Perspektive der Staatsanwaltschaft von grosser Bedeutung.

Rund einen Monat nach Inbetriebnahme der Videoüberwachung des Dreirosenareals zog die Kantonspolizei eine erste Zwischenbilanz: Die schweren Gewaltstraftaten gingen zwar zurück, Betäubungsmittelhandel und Kleinkriminalität fanden jedoch weiterhin statt. Entsprechend wurden zur Erhöhung der Effektivität unter anderem zwei weitere Kameras installiert. Zusätzlich wurde der Perimeter der Überwachung rheinaufwärts entlang dem Unteren Rheinweg ausgedehnt, um der teilweisen Verlagerung der Delikte Rechnung zu tragen. In der Bevölkerung – insbesondere bei den Anwohnenden – genoss die Videoüberwachung hohe Akzeptanz und zeigte rasch Wirkung. Die Anzahl polizeilicher Meldungen sank im Vergleichszeitraum Juni bis November von 283 (2023) auf 138 (2024). Die Erfahrungen mit der Videoüberwachung auf der Dreirosenanlage sind auch für andere belastete Orte im unteren Kleinbasel – namentlich im Umfeld des Claraplatzes, der Kaserne und des Erasmusplatzes – von Bedeutung.

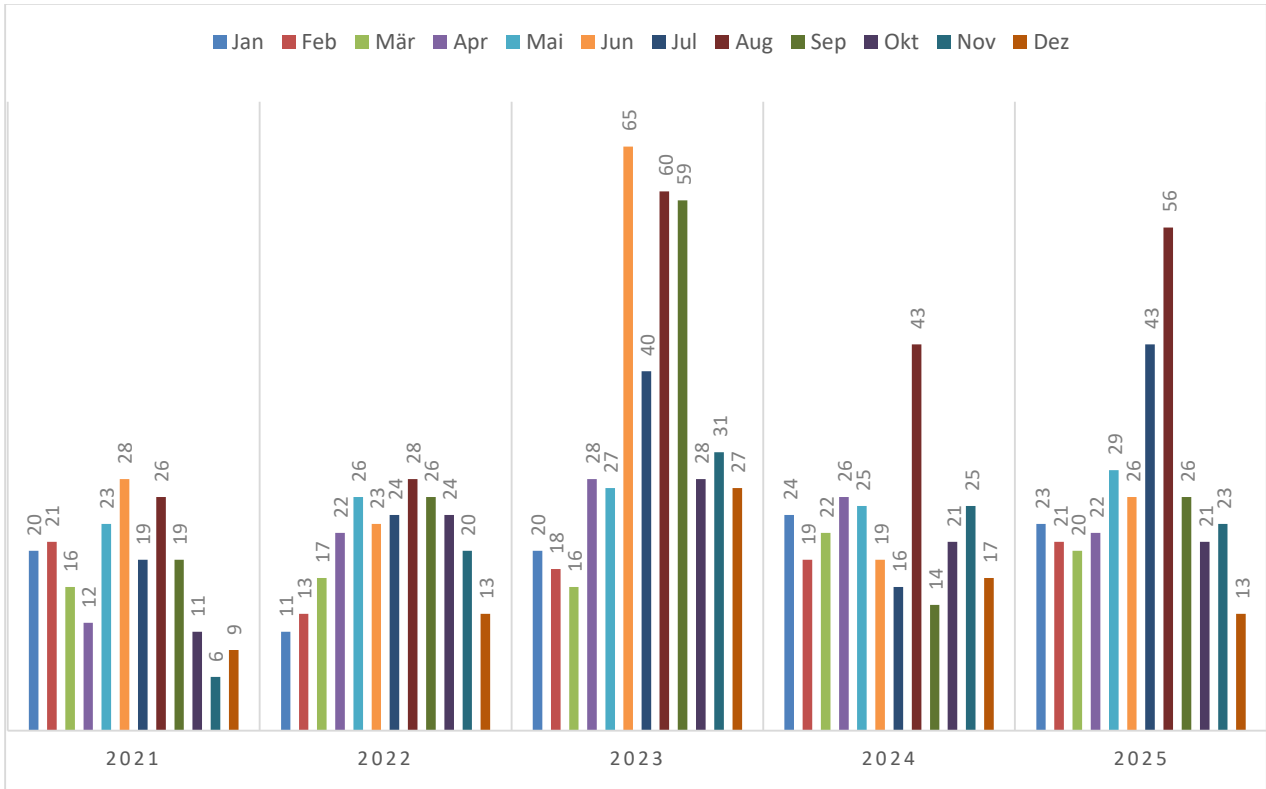


Abbildung 1: Anzahl eröffnete Einsätze gemäss Avanti im Umkreis der Dreirosenanlage (ohne den Bereich Verkehr), Jahre 2021 bis 2025

Aufgrund der stark rückläufigen Deliktzahlen wurde die Videoüberwachung über den 31. Dezember 2024 hinaus nicht mehr verlängert. Mit dieser Entscheidung kam die Kantonspolizei der Vorgabe des kantonalen Informations- und Datenschutzgesetzes (IDG, SG 153.260) nach, wonach eine Videoüberwachung örtlich und zeitlich auf das zur Erreichung des konkreten Zwecks Erforderliche zu beschränken ist.

Nach der Ausserbetriebnahme der Videoüberwachung kam es im August 2025 vorübergehend wieder zu einem Anstieg der Deliktzahlen. Eine erneute Inbetriebnahme ist bei Bedarf dank der bestehenden Vorinstallationen rasch möglich.

### 2.3 Private Sicherheitsdienste

Da die repressiven Massnahmen teils zu einer Verlagerung auf umliegende Strassen und Parkanlagen führen, hat der Regierungsrat im März 2024 zusätzliche, befristete Leistungen privater Sicherheitsdienste bewilligt. Diese intervenieren bei Regelverstössen im öffentlichen Raum und wirken ergänzend zu polizeilichen Massnahmen. Zwischen September 2024 und Oktober 2025 wurden mehrere Einsatzphasen insbesondere auf dem Matthäusplatz und in angrenzenden Quartieren durchgeführt.

Auch beim kHaus patrouilliert in den Abendstunden an den Wochenenden ein privater Sicherheitsdienst im Aussenbereich des Kaserne-Kopfbaus. Dieser stellt unter anderem die Einhaltung der geltenden Nutzungs- und Verhaltensvorschriften sicher. Für das Grundstück wurde ein richterliches Verbot erlassen, das unberechtigten Personen den längeren Aufenthalt in Eingangsbereichen, Nischen und Durchgängen untersagt. Weiter sind auf dem gesamten Areal das Nächtigen sowie das Deponieren privater Gegenstände ohne Genehmigung der Eigentümerin verboten.

Die sichtbare Präsenz der privaten Sicherheitsdienste hat das subjektive Sicherheitsempfinden von Anwohnenden, Lehrpersonen und Mitarbeitenden der sozialen Arbeit spürbar erhöht. In der Praxis zeigte sich, dass die Begleitung repressiver Massnahmen durch befristete Einsätze eines privaten Sicherheitsdienstes deren Wirkung verstärkt und wertvolle Erkenntnisse für die Planung der

Umfeldbetreuung liefert. Aufgrund der positiven Erfahrungen wurde die Massnahme bis Ende 2026 verlängert. Im Jahr 2026 wurde bisher noch keine zusätzliche Sicherheitsdienstleistung in Auftrag gegeben.

## **2.4 Flankierende Massnahmen auf nationaler Ebene**

Im Zusammenhang mit Gewalt-, Eigentums- und Drogendelikten werden überdurchschnittlich häufig Männer aus den Maghreb-Staaten verzeichnet, die im Bundesasylzentrum Basel oder in den Asylunterkünften der Region wohnhaft sind.

Vor diesem Hintergrund hat der Regierungsrat die Themen Rückführung, Arbeitsverbot und Ausschaffungshaft im November 2023 am bikantonalen Sessionsgespräch der Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft mit den Bundesversammlungsmitgliedern beider Kantone erörtert. Parallel dazu richtete der Regierungsrat ein Schreiben an die damalige Vorsteherin des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements, Bundesrätin Esther Baume-Schneider. Darin setzte er sich für Verbesserungen beim zwangsweisen Wegweisungsvollzug in Maghreb-Staaten – namentlich Algerien und Marokko – ein. Zudem wurde angeregt, das Erwerbsarbeitsverbot unter bestimmten Bedingungen zu lockern und die Prüfung zusätzlicher spezialisierter Unterbringungsmöglichkeiten für mehrfach straffällige Personen zu veranlassen, die durch ihr Verhalten die öffentliche Sicherheit und Ordnung erheblich beeinträchtigen.

Auf Bundesebene wurden inzwischen erste Massnahmen ergriffen, um die konsequente Wegweisung und Rückführung von Personen mit ungeregeltem Aufenthalt, die wiederholt oder schwerwiegend negativ auffallen, sicherzustellen. Dazu zählt insbesondere die von Bund und Kantonen eingesetzte Taskforce gegen Intensivtäter, welche die bestehenden Runden Tische in den Asylregionen ergänzt. Die gewonnenen Erkenntnisse sollen in einen Aktionsplan einfließen, der 2026 an einer Asylkonferenz vorgestellt wird. Parallel dazu prüft eine Arbeitsgruppe den rechtlichen Anpassungsbedarf bei den ausländerrechtlichen Zwangsmassnahmen. Zudem sind auf Bundesebene mehrere parlamentarische Vorstösse zum Themenbereich Asyl und Sicherheit hängig.

## **3. Bauliche Massnahmen**

### **3.1 Beleuchtung**

Ein weiterer zentraler Schwerpunkt zur Erhöhung der Sicherheit bildete die Optimierung der öffentlichen Infrastruktur. Die Beleuchtung wurde parallel auch an zahlreichen neuralgischen Örtlichkeiten im Kleinbasel verbessert. So wurden am Matthäusplatz sämtliche Leuchten hinsichtlich Leuchtkraft, Lichtausbreitung und Lichtfarbe optimiert sowie zusätzliche Leuchten angebracht. Rund um die Kaserne sind 19 Leuchten ersetzt und sowohl die bestehenden als auch die neuen Lichtquellen umfassend optimiert worden. Am Claraplatz wurde im Mai 2025 die Beleuchtung unter den Arkaden verbessert. Nach Beendigung der BVB-Baustelle sind auf dem Platz weitere Leuchten vorgesehen. Auf der Claramatte wurden die Wege besser ausgeleuchtet, wobei die Leuchtstärke aus Rücksicht auf die Anwohnerschaft bewusst nur moderat erhöht wurde. Und schliesslich wurde auch bei der Dreirosenanlage die Beleuchtung in enger Zusammenarbeit zwischen Kantonspolizei, dem Bau- und Verkehrsdepartement und der IWB verstärkt. Dabei wurden 24 Leuchten ersetzt und 19 zusätzliche installiert. Sämtliche dieser neuen LED-Leuchten wurden hinsichtlich Leuchtkraft und Lichtausbreitung optimiert.

Die Massnahmen stiessen auf zahlreiche positive Rückmeldungen von der Bevölkerung. Weitere punktuelle Verbesserungen sind nun in der Unteren Rebgrasse, in der Klybeckstrasse bis zur Verzweigung Feldbergstrasse sowie am Claragraben zwischen Clarastrasse und Sperrstrasse geplant.

## **3.2 Sonstige Infrastruktur**

Zur Beruhigung der Lage wurden in den vergangenen Jahren verschiedene weitere Anpassungen der Infrastruktur insbesondere rund um die Dreirosenanlage vorgenommen. Dabei standen sowohl die Reduzierung von problematischem Verhalten als auch die Förderung eines sicheren und attraktiven Aufenthaltsraums für die Bevölkerung im Fokus.

In einem ersten Schritt wurden Einrichtungen entfernt, die wiederholt missbraucht wurden. So wurde die Skaterampe unter der Dreirosenbrücke, welche die Stadtgärtnerei in Zusammenarbeit mit dem Sportamt und Vereinen 2021 installiert hatte, inzwischen wieder entfernt. Im Jahr 2023 zeigte sich, dass sie im Unterschied zum Vorjahr weniger von Jugendlichen, sondern vorwiegend von problemverursachenden Personengruppen genutzt wurde. Ebenfalls wurden die Schliessfächer entfernt, die im Juli 2022 aufgrund gehäufter Diebstähle von Wertsachen der Nutzenden der Sportanlagen montiert worden waren, jedoch vorwiegend für die Lagerung von Betäubungsmitteln missbraucht und mehrfach aufgebrochen wurden.

Parallel dazu wurden gezielte Schutzmassnahmen für besonders sensible Bereiche umgesetzt. Am Eingang der Tagestruktur der Primarstufe Bläsi wurde ein Gitter angebracht, das verhindert, dass Konsumierende im Eingangsbereich übernachten und Verunreinigungen hinterlassen. Entlang der Zähringerstrasse nahe der Primarstufe Dreirosen wurden Sitzgelegenheiten demontiert, wodurch sich problematische Gruppen weniger in der Nähe des Schulareals aufhalten. Zudem wurde die letzte Sitzrondelle im Bereich der Buvette entfernt, wodurch die Trennung zwischen Allmend und Buvettenbereich deutlicher wird und die Gäste der Buvette sich sicherer fühlen. Um einen Teil der Zielgruppe weiter zu verlagern, wurden im Mai 2025 drei Tischbankgarnituren an den Unteren Rheinweg im Bereich der Dreirosenbrücke platziert. Die Massnahme hat sich bewährt, so dass man derzeit damit beschäftigt ist, eine taugliche Lösung für mehr Sitzgelegenheiten in Kombination mit einem Windschutz zu schaffen.

Seit April 2025 wird die Parcoursanlage und der umliegende Bereich verstärkt gereinigt. 2025 wurde zudem die Street-Workout-Anlage erweitert. 2026/2027 folgen Sanierungsarbeiten auf dem Spielplatz und voraussichtlich 2027 auch Sanierungen der Staudenpflanzungen. Bestehende Hecken werden regelmässig zurückgeschnitten, um eine bessere Sichtbarkeit zu gewährleisten und die Sicherheit auf der Anlage zu erhöhen.

## **4. Soziale Präventionsmassnahmen**

### **4.1 Erweiterung Rangerdienst**

Es hat sich in den letzten Jahren gezeigt, dass bei einer fehlenden Sozialkontrolle die Wahrscheinlichkeit steigt, dass Konflikte eskalieren, Diebstähle zunehmen und Personen eingeschüchtert oder verdrängt werden. Seit 2020 ist daher der staatlich finanzierte Rangerdienst mit Sozialarbeitenden auf der Dreirosenanlage und am Rheinbord im Umkreis der Buvette Dreirosen im Einsatz. Die Ranger fördern den respektvollen Umgang im öffentlichen Raum, wirken durch ihre Präsenz präventiv, vermitteln bei Konflikten und verhindern, dass Einzelgruppen andere verdrängen. Sie beraten zudem Menschen in prekären Lebenslagen und tragen so zur Stabilisierung der Situation bei.

Im Rahmen des beschlossenen Massnahmenpakets wurde der Rangerdienst 2024 personell von 80 auf 120 Stellenprozent aufgestockt und auf einen Ganzjahresbetrieb erweitert. Seither ist ein Zweierteam an 15 bis 20 ausgewählten Tagen pro Monat jeweils vier bis sechs Stunden sichtbar auf der Dreirosenanlage anwesend. Dank der Präsenz des Rangerteams konnten wiederholt Konflikte und Fälle von auffälligem Verhalten frühzeitig entschärft und Eskalationen verhindert werden.

Eine Ausweitung des Rangerdienstes auf andere Stadtgebiete ist nicht vorgesehen, da seine Wirkung auf der Dreirosenanlage wesentlich auf dem Aufbau stabiler Beziehungen beruht. An anderen

Orten wechseln die anwesenden Personengruppen häufig, weshalb ein vergleichbarer Effekt dort kaum zu erwarten wäre.

## **4.2 Intensivierung der aufsuchenden Sozialarbeit**

Die aufsuchende Sozialarbeit trägt dazu bei, den öffentlichen Raum vor den unerwünschten Begleiterscheinungen des Konsums illegaler Suchtmittel zu schützen. Das Fachteam Mittler im öffentlichen Raum (MiR) sucht Personen mit schwerer Substanzabhängigkeit an ihren Treffpunkten sowie im Umfeld der Kontakt- und Anlaufstellen (K+A) auf. Letztere bieten volljährigen suchtmittelabhängigen Personen einen geschützten Ort, der den Konsum von selbst mitgebrachten Substanzen unter Aufsicht und hygienischen Bedingungen ermöglicht sowie weitere Angebote wie psychosoziale Beratung und medizinische Dienstleistungen zur Verfügung stellt – mit dem Ziel, einen niederschweligen Zugang zu Hilfsangeboten zu ermöglichen und Gesundheitsrisiken zu minimieren.

Das MiR-Team verweist die Konsumierenden in die K+A, vermittelt bei Bedarf an Suchthilfeinstitutionen und sensibilisiert sie für die im öffentlichen Raum geltenden Regeln. Die MiR sind zudem Ansprechpersonen für Anwohnende, Firmen und Schulen und fördern den Dialog zwischen Menschen mit einer Kokain- oder Heroinabhängigkeit und ihrem Umfeld. Sie arbeiten eng mit kantonalen und privaten Institutionen wie dem Community Policing, der Stadtgärtnerei, der Leitung der K+A sowie den Universitären Psychiatrischen Kliniken (UPK) Basel zusammen. Das aufsuchende Angebot ist freiwillig und unterscheidet sich damit von ordnungspolitisch ausgerichteten Diensten wie SIP (Zürich) oder PINTO (Bern). Im Rahmen des Massnahmenpakets wurde das MiR-Team personell von Mai bis November 2024 um 40 sowie für die Jahre 2025 und 2026 um 50 Stellenprozent aufgestockt. Seit 2024 begleiten zudem Ärztinnen und Ärzte sowie Pflegefachpersonen des Zentrums für Abhängigkeitserkrankungen (ZAE) der UPK Basel das Team regelmässig, um die Triage von Personen ohne medizinische Betreuung zu fördern. Die aufsuchende Arbeit zeigt vor allem am frühen Morgen und tagsüber Wirkung. Die von den MiR angesprochenen Personen zeigen sich grösstenteils einsichtig. Abends und vor allem nachts hingegen erschweren Substanzkonsum sowie grössere Gruppierungen die Sozialarbeit deutlich.

Zusätzlich zu den MiR sind weitere Trägerschaften im unteren Kleinbasel aufsuchend tätig, darunter die Gassenarbeit Schwarzer Peter, der Verein frau sucht gesundheit sowie die Gassenarbeit der diakonischen Stadtarbeit Elim.

## **4.3 Vermehrte Abendöffnung der Kontakt- und Anlaufstelle Dreispitz**

Die K+A werden von der Stiftung Suchthilfe Region Basel im Auftrag des Kantons an den Standorten Dreispitz und Riehenring betrieben. Sie sind Montag bis Samstag zu sich ergänzenden Öffnungszeiten von 10.30 Uhr bis 15.30 Uhr und von 16.00 Uhr bis 22.00 Uhr sowie sonntags von 13.00 Uhr bis 21.00 Uhr geöffnet.

Aufgrund der hohen abendlichen Frequentierung rund um den Standort Riehenring und der damit verbundenen Spannungen im Quartier wurden die Abendöffnungszeiten zwischen den beiden K+A im April 2024 neu verteilt, wodurch die K+A Riehenring ihre Abendöffnungen von vier auf drei Abende reduzierte. Der Wechsel der Abendöffnungen verlief reibungslos und führte zu der erwarteten Beruhigung der Situation in den Quartieren Erlenmatt und Horburg am Mittwochabend.

## **4.4 Erhöhung der Anzahl Konsumplätze in den Kontakt- und Anlaufstellen**

In den K+A ist seit mehreren Jahren eine deutliche Zunahme des inhalativen Konsums festzustellen. Um Wartezeiten zu verkürzen und den Zugang zu verbessern, wurde die Zahl der inhalativen Konsumplätze am Standort K+A Dreispitz von 14 auf 20 Plätze und in der K+A Riehenring von 14 auf 18 Plätze erhöht.

Durch die zusätzlichen Konsumplätze kann der inhalative Konsum innerhalb der K+A erhöht und ausserhalb der Einrichtungen weiter reduziert werden. Dies trägt zur Entlastung des öffentlichen Raums bei. Die Nutzung zeigt sich auch in der K+A-Statistik: die Konsumationen im Inhalationsraum stiegen pro Öffnungszeit von 221 im Jahr 2023 auf 241 im Jahr 2025 .

Gleichzeitig bringt die höhere Anzahl Konsumplätze engere Platzverhältnisse und eine längere Verweildauer mit sich, was das Konfliktpotenzial innerhalb der K+A erhöht. Zudem sind vor allem in trockenen, warmen Sommernächten weiterhin Menschen auf dem Matthäusplatz und den umliegenden Strassen anzutreffen, die im öffentlichen Raum konsumieren.

#### **4.5 Längere Öffnungszeiten in den kantonalen Notschlafstellen**

Die beiden kantonalen Notschlafstellen (NSS) bieten Personen ohne Obdach und mit Wohnsitz im Kanton Basel-Stadt oder einer Kostengutsprache eine niedrighschwellige und kostengünstige Übernachtungs- und Aufenthaltsmöglichkeit an einem konsumfreien Ort. Sie sind montags bis samstags von 20:00 bis 08:00 Uhr und sonntags von 20:00 bis 09:00 Uhr geöffnet.

Im Rahmen eines zweimonatigen Pilotversuchs von Juni bis Juli 2024 wurden die Öffnungszeiten der NSS an allen Wochentagen bis 10:30 Uhr verlängert. Ziel war es, die Attraktivität der NSS für diejenigen Personen zu erhöhen, die sich nachts im öffentlichen Raum aufhalten.

Während des Pilotversuches übernachteten insgesamt 14 bis dahin unbekannte Personen in den NSS. Dies entspricht dem üblichen Durchschnitt neuer Übernachtenden. Auffälligkeiten in Bezug auf erhöhten Drogenkonsum oder -handel in den NSS wurden nicht festgestellt. Der Versuch zeigte, dass die Zielgruppe die NSS unabhängig von den Öffnungszeiten nicht aufsucht. Folglich eignet sich die Massnahme nicht zur Beruhigung des öffentlichen Raums. Entsprechend gelten seit August 2024 wieder die regulären Öffnungszeiten.

Weitere niederschwellige Wohnangebote wie «Housing First Plus» oder «Hey-U» konnten bislang noch nicht realisiert werden.

#### **4.6 Rückkehrorientiertes Pilotprojekt «Beschäftigung mit Ausbildungscharakter und Verdienstmöglichkeit»**

Für abgewiesene Asylsuchende besteht häufig keine realistische Perspektive auf einen erfolgreichen Neustart nach der Rückkehr ins Herkunftsland. Vor diesem Hintergrund wurde ein rückkehrorientiertes Pilotprojekt geprüft, das berufliche Qualifizierung mit einer Verdienstmöglichkeit verbindet.

Die Massnahme sah eine zwölfmonatige Qualifizierung in der Muttersprache bei bestehenden Anbietenden vor, um grundlegende Kompetenzen in verschiedenen Berufsfeldern zu erwerben. Während der Programmdauer hätten die Teilnehmenden monatlich 570 Franken sowie eine Unterkunft erhalten, und bei regelmässiger Teilnahme wäre bei Ausreise eine Rückkehrhilfe von 7'650 Franken vorgesehen gewesen. Teilnahmeberechtigt wären ausschliesslich dem Kanton Basel-Stadt zugewiesene, abgewiesene Asylsuchende gewesen. Straffälligkeit hätte den Ausschluss zur Folge gehabt.

Obwohl zunächst Interesse bestand, zogen sich alle interessierten Personen nach Vorstellung der konkreten Ausgestaltung des Projekts zurück. Als Hauptgrund wurde die unzureichende finanzielle Unterstützung angegeben. Hinzu kam, dass ein erheblicher Teil der Zielgruppe an bestehenden Suchtproblematiken leidet, die eine regelmässige Teilnahme erschwert hätten. Insgesamt zeigte sich, dass ein entsprechendes Pilotprojekt eventuell einzelne Schicksalsverläufe positiv verändern könnte, jedoch keine bedeutsame Auswirkung auf die angespannte Gesamtsituation haben würde. Die Idee wurde daher nicht weiterverfolgt.

## 5. Fazit

Die Sicherheitslage im unteren Kleinbasel hat sich im Vergleich zum Jahr 2023 verbessert. Entsprechend zeigen die ergriffenen Massnahmen Wirkung. Die Kombination aus konsequenter Repression, gezielter Prävention, sozialer Arbeit und infrastrukturellen Optimierungen bildet eine tragfähige Grundlage, um die Situation zu stabilisieren und das subjektive Sicherheitsgefühl der Bevölkerung zu stärken. Trotz dieser Fortschritte bleibt die Situation dynamisch und anspruchsvoll, insbesondere in den wärmeren Monaten. Umso wichtiger ist es, Szenenbildungen frühzeitig zu erkennen und gezielt Massnahmen zu ergreifen.

Im Bereich der Achse Claraplatz – Kaserne – Erasmusplatz besteht weiterhin Handlungsbedarf. Die dort seit Jahren bestehende Problemlage im Zusammenhang mit offenem Drogenhandel und -konsum sowie weiteren sicherheitsrelevanten Begleiterscheinungen konnte trotz intensiver polizeilicher Präsenz und flankierender Massnahmen bislang nicht nachhaltig entschärft werden. Der Regierungsrat erachtet es deshalb als erforderlich, die bisherigen repressiven Massnahmen in diesem Perimeter konsequent weiterzuführen und bei Bedarf gezielt zu verstärken. Weitere Massnahmen werden geprüft, darunter die Möglichkeit eines befristeten polizeilichen Platzverweises von Personen, die die öffentliche Sicherheit ernsthaft gefährden, Dritte erheblich belästigen oder die bestimmungsgemässe Nutzung des öffentlich zugänglichen Raumes verhindern. Letztlich bleiben der Drogenhandel und dessen Begleiterscheinungen aber auch künftig eine zentrale Herausforderung, die gezielte Massnahmen erfordert.

Im Legislaturplan 2025-2029 hat der Regierungsrat klar zum Ausdruck gebracht, dass die Sicherheit im öffentlichen Raum erhöht werden soll. Die Sicherheitsbehörden und weitere involvierte Verwaltungsstellen arbeiten koordiniert und interdepartemental zusammen, beobachten die weitere Entwicklung im unteren Kleinbasel aufmerksam und ergreifen bei Bedarf weitere Massnahmen.

## 6. Antrag

Aufgrund dieses Berichts beantragen wir, den Anzug Joël Thüring und Konsorten betreffend «Massnahmen gegen den illegalen Drogenhandel rund um die Kaserne, den Erasmusplatz und den Claraplatz» abzuschreiben.

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt



Dr. Conradin Cramer  
Regierungspräsident



Barbara Schüpbach-Guggenbühl  
Staatsschreiberin